

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lothar Maier, Armin-Paulus Hampel,
Dr. Roland Hartwig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/19154 –

Militärmission EUTM Mali beenden

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion sind das deutsche und das europäische Engagement in Mali gescheitert. Nach fünfjähriger Unterstützung durch die Bundeswehr sei kein Fortschritt in dem Land erkennbar. Die Sicherheitslage habe sich in einigen Regionen vielmehr sogar verschlechtert. Aus dem militärischen Engagement in Mali drohe ein mit dem in Afghanistan vergleichbarer Einsatz zu werden. Die Ausbildungsergebnisse in Mali seien weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Selbst wenn sie erreicht würden, seien die Konflikte in Mali aber dennoch nicht militärisch zu lösen. Gegen eine irreguläre Kriegsführung, wie sie bei den Terroristen in Mali zu beobachten sei, könnten reguläre Streitkräfte, die sich an humanitäre Grundsätze halten müssten, kaum etwas ausrichten.

Die Bundesregierung lasse keine belastbare Strategie in Mali erkennen, um die vielfältigen Probleme des Landes zu lösen, die teilweise weit zurückliegende Ursachen hätten. Die Fortsetzung von EUTM Mali liege nicht im Interesse Deutschlands. Der Einsatz müsse daher beendet und die deutschen Kräfte müssten unverzüglich zurückgezogen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/19154 abzulehnen.

Berlin, den 27. Mai 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Koob
Berichterstatter

Christoph Matschie
Berichterstatter

Dr. Lothar Maier
Berichterstatter

Ulrich Lechte
Berichterstatter

Kathrin Vogler
Berichterstatterin

Jürgen Trittin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Koob, Christoph Matschie, Dr. Lothar Maier, Ulrich Lechte, Kathrin Vogler und Jürgen Trittin

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/19154** in seiner 159. Sitzung am 13. Mai 2020 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion sind das deutsche und das europäische Engagement in Mali gescheitert. Nach fünfjähriger Unterstützung durch die Bundeswehr sei kein Fortschritt in dem Land erkennbar. Die Sicherheitslage habe sich in einigen Regionen vielmehr sogar verschlechtert. Aus dem militärischen Engagement in Mali drohe ein mit dem in Afghanistan vergleichbarer Einsatz zu werden. Die Ausbildungsergebnisse in Mali seien weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Selbst wenn sie erreicht würden, seien die Konflikte in Mali aber dennoch nicht militärisch zu lösen. Gegen eine irreguläre Kriegsführung, wie sie bei den Terroristen in Mali zu beobachten sei, könnten reguläre Streitkräfte, die sich an humanitäre Grundsätze halten müssten, kaum etwas ausrichten.

Die Bundesregierung lasse keine belastbare Strategie in Mali erkennen, um die vielfältigen Probleme des Landes zu lösen, die teilweise weit zurückliegende Ursachen hätten. Die Fortsetzung von EUTM Mali liege nicht im Interesse Deutschlands. Der Einsatz müsse daher beendet und die deutschen Kräfte müssten unverzüglich zurückgezogen werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/19154 in seiner 58. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/19154 in seiner 58. Sitzung am 27. Mai 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 27. Mai 2020

Markus Koob
Berichtersteller

Christoph Matschie
Berichtersteller

Dr. Lothar Maier
Berichtersteller

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Kathrin Vogler
Berichterstellerin

Jürgen Trittin
Berichtersteller

